

A3 Antifa heißt Klimaschutz!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.05.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

Antragstext

1 3,2 Grad. 0 Ausreden.

2 Das Pariser Klimaabkommen war 2015 – und elf Jahre später bleibt vom 1,5-Grad-
3 Ziel nicht mehr viel übrig. In nur 10 Jahren haben wir unsere Chance auf ein
4 stabiles Klima quasi abgeschafft. Wenn der Status Quo beibehalten wird, leben
5 wir schon 2050 mit 2 °C Erderwärmung und bis zum Ende des Jahrhunderts rechnet
6 das Umweltbundesamt aktuell mit 3,2 °C Erwärmung.

7 Das wird für uns drastische Folgen haben. Jeden Sommer wird es mehr Hitzetote
8 geben, da 40 °C eine normale Sommertemperatur sein wird. Das wird vor allem
9 Säuglinge, alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen treffen. Also gerade
10 die Gruppen, die sich häufig nicht selbst schützen können.
11 Infektionskrankheiten, die oft tödlich enden, wie Malaria oder auch Gelbfieber,
12 werden sich weit über ihre bisherigen Gebiete verbreiten. Durch starke
13 Regenfälle nehmen die überschwemmten Flächen zu, wodurch mehr Mücken und andere,
14 auch tropische, Insekten sich vermehren. In Kombination mit der Hitze kann das
15 zu bakteriellen Erregern, wie Typhus und Cholera, in Europa führen, worauf unser
16 Immunsystem nicht vorbereitet ist. Bereits 1°C mehr Erderwärmung führt zu 6 %
17 weniger Mais-, Reis-, Soja- und Weizenerträgen, was eine unglaubliche
18 Versorgungsunsicherheit und absehbar Hungerkatastrophen mit sich bringen würde.
19 In einer 3-Grad-Welt wären rund 19 % der Erdoberfläche praktisch unbewohnbar.
20 Davon sind rund 3 Mrd. Menschen betroffen, deren Existenz auf dem Spiel steht.

21 Durch die Erderwärmung werden sich aber auch Lebensräume von Tierarten
22 verschieben. Bis zu 30 % aller Arten sterben vermutlich aus, wobei gerade die
23 mit kleinen Lebensräumen sehr gefährdet sind. Aktuell ist der Klimawandel noch
24 nicht die Hauptursache für das Artensterben, allerdings kann er das noch werden.

25 Die Klimakrise macht die Welt unberechenbar. Wetterextreme nehmen zu, aber auch
26 ganze Systeme können kippen. Das Eis in den Polarregionen schmilzt und verdünnt
27 den Salzgehalt im Nordatlantik. Dadurch kommt der Nordatlantikstrom ins Wanken,
28 der unser mildes europäisches Klima stabilisiert. Die Folgen eines Einbruches
29 des Stroms wären unvorhersehbare Temperaturschwankungen und
30 Extremwetterereignisse.

31 Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit und damit
32 eine Gerechtigkeitsfrage, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

33 Kein LNG, keine Lausitz-Kohle – echte Energiewende jetzt

34 Während die Klimakrise sich also immer schneller entwickelt, möchte die
35 Bundeswirtschaftsministerin Reiche langfristige Gasverträge und dabei vor allem
36 die aktuelle LNG-Struktur erhalten sowie ausbauen. LNG steht für Liquefied
37 Natural Gas, also flüssiges Erdgas, das aus anderen Ländern, wie aktuell aus den
38 USA, nach Deutschland importiert wird. Beim Abbau durch Fracking werden ganze
39 Gebiete verseucht, Arten sterben, Menschen werden vertrieben, Aktivist*innen
40 verfolgt, die Gesundheit von Anwohner*innen gefährdet. All das meist vor allem

41 für die Profite von großen westlichen Gaskonzernen. Der LNG-Ausbau widerspricht
42 nicht nur den deutschen Klimazielen, sondern Wissenschaftler*innen sprechen
43 sogar von einem Gas Lock-in. Durch langfristige Verträge oder hohe
44 Investitionskosten werden wir quasi gezwungen weiter Gas abzunehmen und zu
45 verfeuern, als gäbe es kein Morgen. Die künstliche Konkurrenz durch fossile
46 Energien blockiert außerdem zusätzlich den Ausbau von erneuerbaren Energien.
47 Erdgas ist kein klimafreundlicher „Brückenenergieträger“, sondern verursacht
48 erhebliche CO₂- und Methan-Emissionen. Außerdem werden aktuell systematisch
49 Gesetze zu erneuerbaren Energien zurückgedreht, statt sie weiter voranzutreiben.

50 Auch Milliardeninvestitionen in fossile Infrastruktur, wie den Kohleabbau in der
51 Lausitz, arbeiten gegen die Einhaltung der Klimaziele. Dort werden weiterhin
52 Dörfer, Naturflächen und Lebensräume trotz wissenschaftlicher Warnungen
53 zerstört. Braunkohle gehört zu den klimaschädlichsten Energieformen und
54 verursacht enorme CO₂-Emissionen. Die Lausitz braucht einen sozial gerechten
55 Strukturwandel mit sicheren Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen!

56 Diese fossile Energiepolitik stärkt autoritäre Regimes und schafft geopolitische
57 Abhängigkeiten von Staaten wie Katar oder auch den USA. Statt neuer Gasbohrungen
58 braucht es massive Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und
59 eine demokratische, öffentliche Energieversorgung.

60 Nationalismus, Hetze und fossile Interessen

61 Während die Folgen der Klimakrise immer sichtbarer werden, formiert sich
62 weltweit gleichzeitig eine politische Bewegung der global agierenden extremen,
63 meist populistischen Rechten, deren Ideologie auf Wissenschaftsfeindlichkeit und
64 Nationalismus fußt. Nationalismus als deren Leitprinzip stößt bei globalen
65 Krisen mit seinen politischen Antworten wortwörtlich an seine Grenzen, da ein
66 planetarer Temperaturanstieg sich nicht an Staatsgrenzen stoppen lässt.
67 Populismus wiederum ist auf kurzfristige Popularität angewiesen und damit selbst
68 strukturell unfähig, eine langfristige nachhaltige Politik zu verfolgen.

69 Die extreme Rechte findet sich global in Netzwerken und Strukturen zusammen, die
70 unter anderem durch Tech-Milliardäre, die sogenannten Brologarchen, und fossile
71 Unternehmen finanziert werden. In rechten „Think Tanks“, wie EIKE, welches durch
72 Wissenschaftler*innen als Zentrum der organisierten Klimaleugnerszene bezeichnet
73 wird, oder dem rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ können Strategien
74 erdacht und in jenen rechtsextremen Netzwerken verbreitet werden.

75 Durch interne Plattformregulationen und die Privilegierung rechter und hetzender
76 Inhalte zerstören besagte Tech-Unternehmen die demokratische Öffentlichkeit und
77 untergraben unsere Diskursfähigkeit. Intransparent finanzierte alternative
78 Mediennetzwerke wie NIUS oder Apollo, aber auch rechte Influencer*innen nutzen
79 dies als Vorteil für offene Hetz- und Desinformationskampagnen. Durch
80 rechtskonservative Publikationen wie BILD, FOCUS oder Cicero nehmen sie Einfluss
81 auf den politischen Mainstream, wie an Kampagnen wie bspw. gegen Dr. Brosius-
82 Gersdorf und das Heizungsgesetz deutlich wird. Dadurch können sie enorm an
83 politischer Schlagkraft gewinnen. Auch die profilierten rechten Medienhäuser
84 profitieren dabei immer wieder von Zuwendungen oder Werbeeinnahmen durch die
85 fossile Lobby. Gegen diese Kampagnen müssen wir bewegungsübergreifend
86 zusammenstehen, Desinformation widersprechen und Aktivist*innen Rückendeckung
87 geben, um der organisierten Hetze aktiv etwas entgegensetzen zu können.

88 Global vernetzt - Rechtsextreme gegen Demokratie und Klimaschutz

89 Die Geflechte der internationalen Rechten sind paradox: Nationalistische
90 Akteur*innen, die nach außen eine Politik der Abschottung proklamieren und die
91 sich aktiv gegen die internationale Zusammenarbeit bei globalen Krisen
92 aussprechen, sind selbst international eng vernetzt. Als internationalistisch
93 organisierte Nationalisten bekämpfen sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit
94 populistischen Erzählungen und verwandeln globale Krisen wie die Klimakrise in
95 nationale Feindbilder, die jede demokratische und grenzüberschreitende Lösung
96 blockieren. Während rechte Netzwerke den öffentlichen Diskurs verschieben,
97 erzielen Großkonzerne wie „Shell“ in Energie- und Krisen enorme
98 Zusatzgewinne und setzen ihre starke politische Lobby ein, um
99 Klimaschutzauflagen zu verwässern und politische Entscheidungen im Sinne
100 fossiler Geschäftsmodelle zu beeinflussen.

101 Eine gerechte Aushandlung von Klimaschutz geht nur auf demokratischer Grundlage.
102 Diese stellen Rechtsextremisten ganz grundsätzlich in Frage. Durch den Angriff
103 auf Minderheiten, Teilhaberechte, unabhängige Medien oder politische
104 Gegner*innen gefährden sie unser Zusammenleben. Rechtsextreme wollen die
105 Demokratie abschaffen. Aber egal ob durch Hetze und Desinformation im
106 bestehenden Diskurs oder den Angriff auf Institutionen - gerechte Aushandlungen
107 sind so nicht möglich.

108 Autoritäre „Antworten“ auf die Klimakrise

109 Neben der offenen Leugnung der Klimakrise stützt sich die extreme Rechte auf die
110 schon bestehenden Ideen des Ökofaschismus. Hier werden ökologische Krisen und
111 Ressourcenkonflikte nicht geleugnet, sondern anerkannt. Dies ist aber
112 rassistisch und nationalistisch begründet. Anstatt globale und solidarische
113 Lösungen zu finden, wird „Heimatschutz“ beschworen. Das bedeutet, dass Grenzen
114 geschlossen werden sollen, um angeblich „überflüssige“ oder „fremde“ Menschen
115 auszuschließen oder sogar Gewalt zu legitimieren. Somit nutzen rechte
116 Akteur*innen Klima- und Umweltpolitik für ihre eigene menschenfeindliche Agenda,
117 die autoritäre, ausgrenzende Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll.

118 Klimagerechtigkeit kennt keine Grenzen

119 Wenn wir das Klima in den Griff bekommen wollen, dann nur gemeinsam. Bei einer
120 globalen Krise muss auch die Lösung global gedacht und gemeinsam ausgehandelt
121 werden. Klimagerechtigkeit richtet sich dabei nicht nach europäischen oder
122 nationalen Interessen. Nationaler Egoismus und Misstrauen sind keine Grundlage
123 für Zusammenarbeit.

124 Westliche Staaten müssen sich ihrer Verantwortung als größte Verursacher von
125 Emissionen und ihrer Schuld als Täter des (Neo-)Kolonialismus stellen. Im
126 Zusammenhang des Kolonialismus sind Macht, Wissen und Kapital anhand
127 rassistischer Kriterien strukturiert worden. Auf diese Weise wird die westliche
128 Welt bevorteilt und die Ausbeutung nicht-westlicher Staaten bis heute
129 legitimiert. Diese Systeme, Denkstrukturen und Machtverhältnisse bestehen bis
130 heute weiter. Ernst gemeinte Klimagerechtigkeit muss dekolonial sein, diese
131 Systeme in Frage stellen und abschaffen!

132 Konkret bedeutet das unter anderem eine gerechte Lasten- und Kostenverteilung
133 bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Anpassung an ein instabiles, heißeres
134 Klima zu akzeptieren. Internationale Regime, wie das Welthandels- oder

135 Finanzsystem, sind auf westliche Interessen ausgerichtet und sorgen bis heute
136 dafür, dass reiche Staaten und Konzerne bevorteilt werden. Sie schaffen
137 politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Kapitalstarke Staaten und
138 Unternehmen können so von Extraktivismus (Ressourcenausbeutung), Patenten und
139 frühen Investitionen profitieren, während die Chancen für alle ohne Kapital,
140 sich an die neue klimatische Realität anzupassen, noch weiter erschwert werden.
141 Diese Ausbeutungssysteme sind flankiert von rassistischer Grenz- und
142 Migrationspolitik. In einer Welt menschenverursachter Katastrophen, Dürren,
143 Überschwemmungen und tiefgreifender Klimaveränderungen werden Fluchtbewegungen
144 zunehmen. Auch aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive muss deshalb gelten: No
145 Border, No Nation, No Neokolonialismus.

146 Gerechte Transformation statt Scheinlösungen

147 Autokraten wie Trump blockieren internationale Klimapolitik und erpressen bspw.
148 die EU zu fossilen Importen. Durch diese sind wir abhängig von autoritären
149 Regimen. Von Armut betroffene Personen sind von Preissprüngen am meisten
150 betroffen, fossile Konzerne dagegen lassen sich mit Übergewinnen und
151 Subventionen wie dem Tankrabbatt die Krise vergolden. Jeder Cent in fossile
152 Energien ist ein Cent für die Zerstörung von Klima und Demokratie. Es muss
153 gelten: Kein Gas und Öl mehr von Autokrat*innen und Faschist*innen, keine Kohle
154 für Zerstörung! Wer den Planeten kaputt macht, gehört abgeschafft: Fossile
155 Unternehmen enteignet, Lobbyismus und Werbung für die Klimazerstörung verboten,
156 die Finanzierung rechter Netzwerke und Medienplattformen trockengelegt!

157 Doch auch "grüne" Technologien haben neokoloniale Schlagseiten. Durch
158 Bergbauprojekte, u.a. in Lateinamerika, werden vor Ort Natur und Lebensräume
159 zerstört, Bewohner*innen werden vertrieben und Aktivist*innen erfahren
160 Repression. Spätestens die Klimakrise macht klar: Es gibt kein grenzenloses
161 Wachstum, wie ihn Kapitalismus-Jünger sich wünschen. Klimagerechtigkeit bedeutet
162 Solidarität mit den Aktivist*innen vor Ort, keine grüne Ressourcenausbeutung,
163 sondern nachhaltiges Wirtschaften und die globale Aushandlung gerechter
164 Ressourcenverteilung.

165 Antifa heißt Klimaschutz!

166 Die Klimakrise betrifft ökonomisch benachteiligte und sozial ausgegrenzte
167 Personen zuerst. Jede zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen
168 Ausgrenzung und Autoritarismus einsetzt, muss auch die Klimakrise in ihre Kämpfe
169 einbeziehen und ihren Aktivismus klimagerecht denken.

170 Als Zivilgesellschaft und Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung müssen wir
171 deshalb Druck für eine klimagerechte Politik aufbauen. Das ist nicht immer
172 einfach. Die Klimakrise stellt uns vor viele Gerechtigkeitsfragen. Sie kann
173 verängstigen und ratlos machen. Die Fragen haben aber auch Antworten und machen
174 klar wie selten zuvor: Eine andere Welt ist möglich, sie muss es sogar sein.
175 Indem wir unsere Kämpfe verbinden, können wir sie gemeinsam gestalten.
176 Solidarität und Empathie kann man lernen und erfahren. Wir lassen uns nicht von
177 Rechten vereinzeln und die Hoffnung nehmen. Wir kämpfen für eine bessere Welt.

178 Klimagerechtigkeit geht nur global, antifaschistisch und gemeinsam. Antifa heißt
179 Klimaschutz!

Begründung

im Text selbst.

Die Erde wird immer wärmer

Die Erde wird wärmer. Das nennt man Klima-Wandel oder Klima-Krise.

Im Jahr 2015 haben viele Länder versprochen: Die Erde soll sich nicht mehr als 1,5 Grad erwärmen. Dieses Versprechen heißt: Pariser Klima-Abkommen.

Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Wenn sich nichts ändert: Bis zum Jahr 2100 wird die Erde 3,2 Grad wärmer sein.

Was passiert bei mehr Wärme?

Mehr Wärme bedeutet:

- Im Sommer wird es sehr heiß. 40 Grad können normal werden. Das ist gefährlich für Babys und kranke Menschen.
- Krankheiten wie Malaria breiten sich aus. Diese Krankheiten können töten.
- Starke Regenfälle kommen öfter. Dann gibt es mehr Überschwemmungen. Mehr Insekten vermehren sich. Das kann neue Krankheiten bringen.
- Es gibt weniger Getreide und Gemüse. Dann haben Menschen weniger zu essen. Viele Menschen könnten hungern.
- Viele Tiere sterben aus. Vielleicht bis zu 30 von 100 Tier-Arten.
- Rund 3 Milliarden Menschen könnten ihre Heimat verlieren. Weil ihre Heimat zu heiß oder überflutet wird.

Was müssen wir tun?

Wir brauchen echte erneuerbare Energien. Das bedeutet: Strom aus Wind, Sonne und Wasser.

Was wir nicht brauchen:

- Kein Flüssig-Gas (auf Englisch: LNG). Dieses Gas kommt aus anderen Ländern. Es schadet dem Klima. Es macht uns abhängig von anderen Ländern.
- Keine Braunkohle mehr. Braunkohle schadet dem Klima sehr stark. In der Lausitz werden dafür Dörfer abgerissen. Das ist nicht in Ordnung.

Wir brauchen stattdessen: Sichere Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Branchen. Zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien.

Rechte Politik und Klima-Schutz

Manche politischen Gruppen sagen: Der Klima-Wandel ist nicht so schlimm. Oder: Der Klima-Wandel existiert gar nicht.

Das stimmt nicht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig: Der Klima-Wandel ist real und gefährlich.

Diese rechten Gruppen arbeiten oft mit Öl- und Gas-Firmen zusammen. Die Firmen wollen weiter Geld verdienen. Deshalb blockieren sie Klima-Schutz.

Wir müssen das gemeinsam stoppen.

Klima-Gerechtigkeit für alle Menschen weltweit

Die Klima-Krise ist ein globales Problem. Das bedeutet: Das Problem betrifft die ganze Welt.

Deshalb müssen alle Länder gemeinsam handeln.

Reiche Länder haben mehr CO₂ ausgestoßen. CO₂ ist ein Gas, das die Erde erwärmt.

Deshalb haben reiche Länder eine besondere Verantwortung. Sie müssen mehr helfen.

Wenn das Klima sich verändert: Werden mehr Menschen fliehen. Weil ihre Heimat unbewohnbar wird. Diese Menschen brauchen Schutz und Unterstützung.

Faire Lösungen – keine falschen Versprechen

Fossile Energien sind: Öl, Gas und Kohle. Sie schaden dem Klima. Wer das Klima zerstört, muss aufhören.

Auch manche „grüne“ Technologien können Menschen schaden. Zum Beispiel beim Abbau seltener Metalle werden Menschen in anderen Ländern vertrieben. Das ist nicht gerecht.

Wir wollen: Echten Klima-Schutz. Der allen Menschen nützt. In Deutschland und weltweit.

Gemeinsam für eine bessere Welt

Die Klima-Krise trifft arme Menschen zuerst. Und Menschen, die ohnehin weniger Rechte haben.

Deshalb gehören zusammen:

- Kampf gegen die Klima-Krise.
- Kampf gegen Ausgrenzung.
- Kampf für Demokratie.

Wir lassen uns nicht entmutigen. Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Welt.

Klima-Schutz geht nur gemeinsam!